

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

14. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan

am Dienstag, dem 18.06.2024 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
17:40

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
AM Manfred Kupke
AM Volker Lowitsch

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr
AM Gerd-Peter Heinrichs
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Sonja Lütz

Vertretung für AM Flügel

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther

FDP-Fraktion

Stv. Hendrik Sawukaytis

Schriftführung

StA Daniel Jonke

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Verwaltung

StOVR Gerhard Titzer
VA Stefan Hübner
VA Alex Lüttgen
StA Michael Runge

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Die CDU-Fraktion beantragt, den TOP 5 „Globaler Minderaufwand“ von der Tagesordnung zu nehmen, da die Vorlage bereits in allen vorherigen Fachausschüssen ausführlich diskutiert worden sei.

Der Vorsitzende Stv. Lemke lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
10 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

Da keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung vorliegen, lässt er über diese abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
10 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

2./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

3./ Bestellung zur Schriftführung **Vorlage: 10/165/2024**

Beschluss:

Zur Schriftführung für die Sitzungen des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan (DOPA) werden StA Daniel Jonke und für Vertretungsfälle StAR'in Sabine Schumacher bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4./ Sachstand zur Digitalisierung der Stadtverwaltung Haan

Protokoll:

Der **Digitalisierungsbeauftragte VA Hübner** stellt den Sachstand der Digitalisierung anhand einer Präsentation vor (*siehe Ratsinformationssystem*).

Stv. Braun-Kohl bedankt sich für die Ausführungen und die Präsentation. Sie verweist auf Seite 5 der Präsentation und die dortige Aussage, der Bund soll innerhalb von zwei Jahren bundesweit technische Vorgaben, verbindliche Standards und einheitliche Schnittstellen vorgeben. Sie möchte diesbezüglich wissen, ob hier bereits von den Jahren 2024 / 2025 oder doch eher von den Jahren 2025 / 2026 ausgegangen werden müsse.

VA Hübner erläutert, dass es eher auf die Jahre 2025 / 2026 bezogen sei.

AM Lowitsch möchte wissen, ob es einen entsprechenden Plan gäbe, wann sämtliche Prozesse für die Bürger_innen zur Verfügung stünden.

AM Hübner führt aus, dass es hierzu gesetzliche Vorgaben gäbe, welche die Verwaltung auch stets versuche einzuhalten. Jedoch gäbe es viele Faktoren, welche den Prozess verlangsamen würden wie beispielsweise die Anbindung von Fachverfahren der Verwaltung oder die Umstellung der Arbeitsprozesse auf rein digitale Prozesse. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses könne er aber gerne eine entsprechende Liste vorlegen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Globaler Minderaufwand im Haushalt 2024 ff
Vorlage: 20/115/2024**

Beschluss:

Der TOP wurde im Vorfeld von der Tagesordnung genommen und wurde daher nicht beraten.

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat möchte wissen, ob aktuell Personalkosten über den globalen Minderaufwand eingespart würden.

StOVR Titzer führt aus, dass die Verwaltung Personalkosten bei zwar eingeplanten, aber noch nicht besetzten Stellen einsparen könne.

Die Verwaltung sei derzeit dabei den Stellenplan für das Jahr 2025 aufzustellen und entsprechende Vakanzen mit einzukalkulieren. Jedoch müssten gleichzeitig auch Tarifsteigerungen einkalkuliert werden. Wie hoch diese ausfallen könne derzeit noch nicht gesagt werden. Die Verwaltung habe hierzu 1% im Stellenplan für den Tarifbereich vorgesehen, jedoch sei es noch zu früh für eine genaue Prognose. Für Beamte und Beamtinnen ist ab dem 1.2.2025 eine Erhöhung von 5,5 % aufgrund der Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich einzuplanen.

Stv. Dürr verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Digitalisierung des Stadtarchivs.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass diese, ebenso wie die Anfrage der GAL-Fraktion zu Protokoll beantwortet werden, da diese der Verwaltung erst einen Tag vor der Sitzung vorgelegen hätten.

Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion:

Bisher gibt es keine Kontakte oder Kooperationen im Rahmen von Digitalisierung mit FamilySearch.org, Ancestry.com oder MyHeritage.com. Archivgut wird hier von Dienstleistern kostenpflichtig, teilweise mit Hilfe von Fördergeldern, digitalisiert, die jedoch kein Interesse an der Nutzung der Digitalisate wie die 3 Anbieter haben. Bei Ancestry.com und MyHeritage.com handelt es sich um Firmen. Die Non-Profitorganisation FamilySearch fordert jedoch eine unwiderrufliche Lizenz für alle abgegebenen Informationen, auch wenn sie nicht DSGVO-konform, wie bei lebenden Menschen sind. Die Archivwelt ist geteilt in generelle Ablehnung oder Durchführung solcher Kooperationen. Die Befürworter lassen oft umfangreiche Bestände ohne rechtliche Implikationen vor 1876 digitalisieren.

Digitalisierungsstand Personenstandsregister Stadtarchiv Haan:

Aufgrund der schwierigen klimatischen Bedingungen des Magazinraums und dessen besonderen Gefährdungssituation unter dem Hallenbad liegen die hier in Frage kommenden Personenstandsregister bereits weitgehend digital vor.¹

Informationelle Betrachtung:

Auch nach Ablauf der archivischen Schutzfristen² dürfen bei einer Veröffentlichung der Personenstandsregister nicht die „schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter beeinträchtigt werden“³. Dabei handelt es sich um Informationen zu lebenden Personen in Randbemerkungen oder Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand von Nachkommen Verstorbener in Eintragungen von Todesursachen, wie Erbkrankheiten, bis 1957. Das bedeutet umfangreiche archivische Vorprüfungen vor einer Veröffentlichung der jüngeren Jahrgänge.

Rechtliche Betrachtung:

Nach § 7 Abs. 7 ArchivG NRW dürfen Vervielfältigungen von Archivgut nur an Archive, Museen und Forschungseinrichtungen erfolgen. Damit sind die beiden Firmen ausgeschlossen. Bei FamilySearch wäre eine rechtliche Prüfung notwendig, inwieweit sie Teil des Archivs der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage ist. Bei der Übermittlung ins Ausland ist weiterhin eine Prüfung von deren Datenschutzniveau mit Hörung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit notwendig. Andernfalls müssen ausreichend Garantien hinsichtlich des Schutzes der informationellen Selbstbestimmung erfolgen.

¹ Geburtsregister bis 1908 bei 110 Jahren Schutzfristen, die Heiratsregister bis 1938 bei 80 Jahre Schutzfristen und die Sterberegister bis 1988 bei 30 Jahren Schutzfristen.

² Vgl. § 7 ArchivG NRW.

³ § 6 Abs. 2 Nr. 3 ArchivG NRW.

Fazit:

Da die Bestände der Personenstandsregister bereits weitgehend digitalisiert sind, wäre eine Kooperation nur für die Neuzugänge notwendig. Hier wäre jedoch eine intensive archivische Vorprüfung auf Veröffentlichbarkeit durch das Stadtarchiv notwendig. Einer Kooperation müssten zusätzliche rechtliche Prüfungen durch die Stadtverwaltung Haan vorangehen.

Daher ist geplant, für die rechtlich unbedenklichen Altbestände vor 1876 eine Kooperation mit dem DSGVO- und dem NRW-Archivrecht-konformen digitalen Portal „Familienforschung digital“ des Landesarchivs NRW anzustreben. Eine Zurverfügungstellung der rechtlich unbedenklichen digitalen Inhalte im Lesesaal des Stadtarchivs ist bereits in Planung.

Antwort der Verwaltung zur Anfrage der GAL-Fraktion:**Frage 1:**

Ist der Stellenplan im Bereich Grünflächenunterhaltung grundsätzlich hinreichend ausgestattet?

Ja, der bekannte Pflegezustand der letzten Jahre kann so gehalten werden.

Frage 2:

Wie viele der Stellen im Bereich Grünflächenunterhaltung sind derzeit unbesetzt?

Zum Zeitpunkt der Sitzung war noch eine Stelle in der Grünflächenunterhaltung unbesetzt, welche jedoch zum 01.07. besetzt werden konnte. Derzeit sind damit keine Stellen im Bereich der Grünflächenunterhaltung unbesetzt.

Frage 3:

Hat die Verwaltung bereits, wie seinerzeit zu den Stellenplanberatungen 2023 in Vorlage 10/112/2022 bei der Schaffung von 8 Vollzeitstellen beschrieben, einen Teil der Arbeiten fremd vergeben, um Arbeitsspitzen abzufedern?

Aufgrund der haushaltslosen Zeit konnte die externe Pflege bis dato noch nicht ausgeschrieben werden, die Ausschreibung wird in den kommenden Wochen erfolgen um dann Ende August / Anfang September ein geeignetes Unternehmen beauftragen zu können.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** teilt mit, dass es für eine Terminfindung für den Arbeitskreis Fachkräfte im Bereich des Rettungsdienstes drei Anläufe benötigt habe. Aktuell stehe der 02.07.2024 um 16:00 Uhr vor der Sitzung des Rates als Termin. Dieser könne gerne nochmals verschoben werden, für die Fraktionen der CDU, SPD und GAL gehe dieser Termin jedoch in Ordnung.

Stv. Stracke teilt mit, dass er davon ausgehe, dass jede Fraktion genügend Mitglieder habe, um mit mindestens einem an dem Termin teilzunehmen zu können.

Stv. Lukat verweist auf den einstimmigen Beschluss aus der letzten Sitzung des DOPA, dass ein erster Termin kurzfristig Anfang Mai hätte stattfinden sollen. Zudem halte die WLH-Fraktion eine Begrenzung der Besprechung auf 45 Minuten dem Thema nicht für angemessen. Aufgrund der anstehenden Urlaubszeit in den Sommerferien plädiere sie für einen Termin nach den Ferien.

Stv. Sawukaytis teilt ebenfalls mit, dass es für ihn schwierig sei, einen Termin vor 17 Uhr wahrzunehmen. Auch die Begrenzung auf 45 Minuten halte er nicht für sinnvoll, die FDP-Fraktion werde sich dem gefunden Termin am 02.07.2024 aber nicht entgegenstellen.

Stv. Lemke teilt daraufhin mit, dass der Termin des AK Fachkräfte somit auf den 02.07.2024 / 16:00 Uhr festgesetzt sei.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.